MAI 2006

ALHAMBRA

ZEITUNG UND PROGRAMM

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Rote Rispe, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig, SchülerInnenbündnis Swimmy

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

hart backbord
Veranstaltungsreihe zum 1. Mai 3

Die Oldenburger Rechtshilfe informiert:
Der Weg eines Ermittlungsverfahrens 4

Die Welt zu Gast bei Freunden ... ?
Die Polizei-WM 2006 6

Imam Hitler
Neue Erkenntnisse über die Planungen der Nationalsozialisten für den Nahen Osten. 8

Literaturseite
(aus „Lügendetektor - Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45") 10

Gezielte Tabubrüche
Die Äußerungen führender Unionspolitiker nach dem Überfall von Potsdam 11

Filmriß 12

was geht... in Bremen 13

Diverses 14

Wagenplatz-Fest 15

Falsche Flagge überm Rathaus

WESTERSTEDE/OR – Einen „Osterscherz" besonderer Art erlaubte sich ein Unbekannter in der Ammerländer Kreisstadt Westerstede: Er hisste in der Nacht zu Ostermontag über dem Rathausportal die Flagge der ehemaligen Sowjetunion – knallrot mit Hammer und Sichel-Enblem. Viele Osterspaziergänger waren empört. Der Hausmeister beseitigte den unerbetenen Rathaus-„Schmuck".

Wat mutt dat mutt – so das Motto der Mai-Demo in Oldenburg 2006. Daß sich etwas ändern muß in diesem Land und auf dieser Welt, ist mehr als offensichtlich. Und daß dies niemand für uns tun wird, wenn wir es nicht selber tun, ist eine Binsenweisheit.
Doch Praxis ohne Theorie tritt schnell auf der Stelle.
Darum haben wir uns entschlossen, den ersten Mai zu einem Anfang zu machen, und im Mai diese Veranstaltungsreihe zu beginnen. Jeden Monat bis Mai 2007 wollen wir in Zusammenarbeit mit verschiedenen Gruppen Veranstaltungen im Alhambra anbieten, die sich mit zentralen Themen linker Politik befassen.
Unter verschiedenen Aspekten wollen wir die gesellschaftliche Situation behandeln und linke Perspektiven ausleuchten, Austausch und Diskussion befördern.

Wir freuen uns auf eure rege Beteiligung.

„AK Schlauer Kämpfen" im Bündnis „Reiche streichen"

hart backbord
veranstaltungsreihe 1/4

Freitag, 19. Mai 20h
„Unheilige Allianzen - Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus"
Lesung mit Hans-Peter Killgus und Christian Dornbusch den Autoren des gleichnamigen Buches.

Montag, 29. Mai 20.30h
„Wiederentwaffnung jetzt !" 50 Jahre Bundeswehr sind 50 Jahre zuviel !
Mit der Initiative soll eine langfristige Perspektive antimilitaristischen Widerstandes aufgezeigt und erste Schritte konkretisiert werden.

Montag, 12. Juni 20.30h
Film: „No Lager-Nowhere" (Berlin 2005)
Film über Widerstandsaktionen gegen Flüchtlingslager und Abschiebeknäste in Europa. Im Anschluss gibt es Informationen zur derzeitigen Situation im Lager Blankenburg und eine Diskussion über mögliche Widerstandsformen.
Peters kleine Antiragruppe

Donnerstag, 20.Juli 20.30h
Freiräume und Subkultur - Biotop oder Perspektive?
Eine Veranstaltung der Wagenburg OL.
danach Party

im alhambra hermannstr. 83 oldenburg

Die Oldenburger Rechtshilfe informiert:

Der Weg eines Ermittlungsverfahrens

Im Folgenden soll kurz der Weg eines Ermittlungsverfahren beschrieben werden. Da es aber auch hier immer auf den jeweiligen Einzelfall ankommt, kann es sich nur um eine grobe Orientierung handeln: Ein Ermittlungsverfahren kann so ablaufen - und tut es normalerweise auch -, muß es aber nicht. Es soll hier nicht um rein polizeiliche Maßnahmen gehen. Auch die Rolle der Staatsanwaltschaft wird kurz beschrieben. Klar ist, daß ein laufendes Ermittlungsverfahren immer eine enorme Belastung für die Betroffenen darstellt und ein persönlich akzeptabler Umgang damit gefunden werden muß. Ganz wichtig ist dabei, daß du nicht alleine gelassen wirst und dich auf Freundinnen/ Genossinnen verlassen kannst und von ihnen nach Kräften unterstützt wirst.

Beginn einer Ermittlung

Die Polizei beginnt gegen dich zu ermitteln, wenn für sie ein Anfangsverdacht besteht, daß du eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit begangen hast. Die Polizei ist im Ermittlungsverfahren „Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft". Ein Ermittlungsverfahren ist juristisch immer Sache der Staatsanwaltschaft. Rein praktisch bedient sie sich aber ihrer „Hilfsbeamten", um die (Drecks-)Arbeit zu erledigen.

Wie kann ein Anfangsverdacht auf Dich fallen?

a) vorläufige Festnahme, Gewahrsam, Verhaftung

b) Auswertung von Videos oder Fotos, Telefon-/Raumüberwachung, Fingerabdrucke

Im Einzelnen

a) Wenn du bei einer Aktion/Demo von der Polizei vorläufig festgenommen wirst, kannst du davon ausgehen, daß gegen dich ermittelt wird. Denn wenn kein Verdacht einer Straftat/ Ordnungswidrigkeit gegen dich vorliegt, darfst du (eigentlich) überhaupt nicht festgenommen werden. Auch nach einem Gewahrsam kann gegen dich ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden, wenn vorher Aktionen stattgefunden haben und die „Täterinnen" noch gesucht werden. Bei einer Verhaftung ist ein Haftbefehl gegen dich ergangen, worin die Tatvorwürfe sowie Beweismittel und Haftgründe - in der Regel Verdunkelungsgefahr oder Fluchtgefahr - aufgeführt sind.

b) Es kann aber auch sein, daß vor Ort überhaupt nichts passiert und trotzdem gegen dich ermittelt wird, ohne daß du es weißt. Es passiert beispielsweise auch immer öfter, daß gerade Demos flächendeckend abfotografiert oder mit Video aufgezeichnet werden und später anhand der Bilder nach eventuellen StraftäterInnen gefahndet wird. Wird ein Telefon abgehört, merkst du davon auch nichts. Oder es wurden am Tatort Fingerabdrücke festgestellt und - nach einer ED-Behandlung - mit deinen verglichen.

c) Oder aber du wirst durch Aussagen anderer belastet, die dich mit einer Straftat/ Ordnungswidrigkeit in Verbindung bringen. Auch davon merkst du zunächst nichts. Auch eigene Aussagen - auch im Rahmen einer Zeuginnenvernehmung - können einen Tatverdacht auf dich lenken. Richtig ist daher immer: Keine Aussagen

Es kommt aber auch vor, daß die Polizei die Tat einem gewissen politischem Umfeld zuordnet und du der Polizei als AktivistIn bekannt bist. Alleine diese „geistige Nähe" zur Tat kann dann für die Polizei einen Anfangsverdacht gegen dich begründen. Bei derartigen Ermittlungen wird oft die gesamte Szene „durchgecheckt".

Ermittlungen

Wie die Polizei im einzelnen ermittelt, ist auch unterschiedlich. Es kann sein, daß du eine Vorladung zur Beschuldigtenvernehmung bekommst. Dann steht dort in der Regel drin, weshalb gegen dich ermittelt wird und du weißt von dem Verfahren. Oftmals geschieht dies aber (zunächst) nicht.

Es hängt immer vom Einzelfall ab, welche Methoden die Polizei anwendet. Bei den klassischen „Demo-Delikten" wird in der Regel schnell ermittelt, weil als einziges Beweismaterial oft nur Videoaufzeichnungen und die eingesetzten Bullen vorhanden sind. Bei größeren Vorwürfen - beispielsweise bei Anschlägen - wird von der Polizei viel aufwendiger ermittelt. So können die Bullen massenhaft ZeugInnenvorladungen verschicken in der Hoffnung, die/der Täterin werde schon unter diesen vorgeladenen ZeugInnen dabei sein. Aus ZeugInnen können so schnell Beschuldigte werden. Erscheinen Jugendliche nicht zur polizeilichen Vernehmung, kommen die Bullen schon mal zu den Eltern, um den Druck auf dich zu erhöhen. Manchmal kommen die Bullen auch zu dir nach Hause und fragen, warum du nicht gekommen bist.

Oder die Polizei ermittelt zunächst in deinem Umfeld: FreundInnen, MitbewohnerInnen, ArbeitskollegInnen können über dich befragt werden. Du kannst observiert werden, Bildmaterial (Fotos, Videos) wird ausgewertet. Wenn du bereits ED-behandelt worden bist, als MigrantIn im Ausländerzentralregister oder als Flüchtling in der zentralen AsylbewerberInnendatei gespeichert bist, werden Fingerabdrücke überprüft.

Du kannst auch zu einer ED-Behandlung geladen oder von den Bullen abgeholt werden. Deine Wohnung - und dein Auto! - werden durchsucht. Es wird ein Haftbefehl gegen dich erlassen, und du wirst verhaftet: Dann weißt du auch Bescheid. Diese Maßnahmen können gleichzeitig oder nacheinander, alle zusammen oder nur einzeln angewandt werden. Gegen beabsichtigte ED-Behandlungen kann mensch sich wehren, wenn der Tatverdacht gegen dich gering ist -du wurdest nicht „auf frischer Tat erwischt" - und es den Bullen nur um das Sammeln von Daten geht. In diesem Fall am besten sofort eineN RechtsanwältIn beauftragen.

Hat die Polizei alles erledigt, was sie wollte oder konnte, gibt sie das ganze Material an die Staatsanwaltschaft weiter. Die Polizei kann und darf niemals Ermittlungsverfahren selbst einstellen - auch wenn dies in Vernehmungen nach dem Motto „wenn Du jetzt aussagst, wird Dir nichts passieren" immer wieder angedeutet wird, um Aussagen zu erreichen.

Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft ist „die Herrin des Ermittlungsverfahrens". Sie entscheidet, wie es nun weitergeht. Die Staatsanwaltschaft prüft das von der Polizei übergebene Beweismaterial dahingehend, ob ein „hinreichender Tatverdacht" gegen dich besteht. Dies ist dann der Fall, wenn die Staatsanwaltschaft der Meinung ist, daß du anhand des bisherigen Beweismaterial wahrscheinlich verurteilt werden wirst. Dabei spielt mit Sicherheit eine Rolle, ob es ein politisches Verfahren ist, wer die Beschuldigten sind oder wie groß der Aufwand der Ermittlungen war. Oftmals geht es hier relativ willkürlich zu. Auch die Person der/des zuständigen StaatsanwältIn spielt eine große Rolle. Die Staatsanwaltschaft kann das Ermittlungsverfahren einstellen oder es weiter betreiben.

Einstellungen des Ermittlungsverfahrens
a) Einstellung nach § 170 StPO (kein hinreichender Tatverdacht)
b) Einstellung nach § 153 StPO (Geringfügigkeit)
c) Einstellung nach § 153 a StPO (geringe Schuld)
d) sonstige Einstellungsgründe (z.B. § 154 StPO)

zu a) § 170 StPO
Besteht nach dem Akteninhalt und den darin enthaltenen Beweismitteln kein hinreichender Tatverdacht, der eine Verurteilung wahrscheinlich macht, muß die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen dich einstellen und dich darüber informieren, wenn du vorher zum Tatvorwurf vernommen worden bist oder es einen Haftbefehl gegen dich gab. Wenn nicht, wirst du von der Verfahrenseinstellung nicht informiert. Wenn die anwaltliche Vertretung schon angezeigt wurde, wird nur deinE RechtsanwältIn benachrichtigt.
Achtung: Das Ermittlungsverfahren gegen dich kann jederzeit wieder neu aufgenommen werden, wenn es neue Verdachtsmomente gegen dich gibt!
Einschub: Die Staatsanwaltschaft kann die Ermittlungsakte aber auch wieder an die Polizei zurückgeben mit dem Auftrag, weiter gegen dich zu ermitteln. Dies ist aber selten der Fall und nur dann, wenn die Polizei offensichtlich nicht allen Spuren nachgegangen ist. Dies kommt in politischen Strafverfahren sowieso kaum vor.

zu b) § 153 StPO
Besteht ein hinreichender Tatverdacht, aber die Staatsanwaltschaft ist der Meinung, daß alles nur „Kleinkram" ist und kein „öffentliches Interesse" an der weiteren Verfolgung besteht, kann sie das Verfahren ohne Auflagen wegen „Geringfügigkeit" einstellen Auch hier wirst du nur davon informiert, wenn du vorher vernommen worden oder anwaltlich vertreten bist. Dieses Verfahren wird meist angewandt, wenn beispielsweise wegen einer Demo massenhaft Menschen eingefahren sind - wie bei den Castor-Transporten -, eigentlich aber nichts passiert ist und die Staatsanwaltschaft kein Interesse daran hat, sich deswegen viel Streß zu machen.
Achtung: Hier kann nach der Einstellung auch wieder neu gegen dich ermittelt werden, wenn sich plötzlich der Tatverdacht eines Verbrechens ergibt (Mindeststrafandrohung: ein Jahr Gefängnis). Wegen einer gleichzeitig verübten Ordnungswidrigkeit kann trotz der Einstellung eine Geldbuße gegen dich verhängt werden.

zu c) § 153 a StPO
Oftmals wird ein Verfahren auch nach § 153 a StPO eingestellt. Diese Einstellung des Verfahrens kostet dich etwas, und du mußt auch zustimmen. Eine solche Einstellung kommt in Betracht, wenn zwar ein hinreichender Tatverdacht gegen dich besteht, aber die Staatsanwaltschaft und das (meist) Amtsgericht der Meinung sind, daß eine Strafverhandlung entbehrlich ist und das öffentliche Interesse an der Verfolgung und Ahndung von Straftaten auch ohne offizielle Strafe befriedigt werden kann. Du sollst aber doch nicht ganz „umsonst" wegkommen. Meist müssen dann eine kleine Geldbuße gezahlt oder - vor allem bei Jugendlichen - Arbeitsstunden abgearbeitet werden. Ist das dann erledigt, wird das Verfahren endgültig eingestellt. Auch diese Möglichkeit kommt oft bei „Massenverfahren" vor, wenn viele Menschen beteiligt waren. Häufig ist ein erstes „Pilotverfahren" notwendig, in dem in einer Strafverhandlung eine Verfahrenseinstellung erreicht werden kann - mit Folgen für die vielen anderen. Deswegen ist es gerade in „Massenverfahren" sehr wichtig, daß das erste Verfahren gut vorbereitet wird, da es Signalwirkung hat. Betroffenentreffen, Koordination und gemeinsame Absprachen sind hier sehr hilfreich.
Es wird immer wieder diskutiert, ob ein solcher „Deal" sinnvoll ist oder nicht. Dem Gesetz nach ist es das nicht. Aber für beide Seiten können viele Argumente angeführt werden. Wichtig für die Betroffenen ist aber zu klären, ob sie eine - unter Umständen sehr lange - Gerichtsverhandlung durchstehen können oder wollen und welche Meinung/Erwartung das persönliche und politische Umfeld vertritt. Nach Erfüllung der Auflagen ist das Strafverfahren wegen dieser Tat mit der endgültigen Einstellung nach § 153a StPO endgültig beendet. Nur ausnahmsweise kann das Verfahren wieder aufgenommen werden, wenn sich später der Verdacht auf ein Verbrechen (s.o.) ergibt. Die Einstellung nach § 153a StPO ist daher in der Regel endgültig.

zu d) sonstige Einstellungsgründe
Es gibt noch einige andere Einstellungsgründe in der Strafprozeßordnung (StPO), auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Am häufigsten kommt eine Einstellung nach § 154 StPO wohl vor, wenn gegen dich noch andere Strafverfahren laufen und wegen der „Übersichtlichkeit" nicht alle dir vorgeworfenen Straftaten verfolgt werden sollen. Bei allen Verfahrenseinstellungen gilt, daß sie nicht im Bundeszentralregister (BZRG) gespeichert werden - wohl aber in den Computerdateien von Polizei und Staatsanwaltschaft. Eine Verfahrenseinstellung führt auch zu keiner Vorstrafe.

Nichteinsteilung des Ermittlungsverfahrens: Die Angelegenheit wird an das Strafgericht weitergeleitet
Wenn das Verfahren nicht eingestellt wird, hat die Staatsanwaltschaft mehrere Möglichkeiten, wie es weitergehen soll:
a) Anklageschrift
b) Strafbefehlsantrag

zu a) Anklageschrift
Wenn die Staatsanwaltschaft eine Strafverhandlung - also eine Hauptverhandlung - gegen dich durchführen will, schreibt sie eine Anklageschrift und legt sie dem Gericht vor. Das Gericht muß dann entscheiden, ob die Anklage mit den dort aufgeführten Beweismitteln tatsächlich einen hinreichenden Tatverdacht hergibt oder nicht. Entweder lehnt sie die Eröffnung des „Hauptverfahrens" mangels hinreichenden Tatverdacht ab und schickt die Akte an die Staatsanwaltschaft zurück. Oder du bekommst die Anklageschrift zur Stellungnahme zugeschickt. Dazu wird immer eine Frist gesetzt, innerhalb derer am besten einE RechtsanwältIn beauftragt werden soll.

zu b) Strafbefehl
Du bekommst vom Amtsgericht einen Strafbefehl zugeschickt, in dem du wegen einer Straftat zu einer Strafe verurteilt wirst. Spätestens jetzt solltest du Kontakt zur Rechtshilfe und/oder einer/einem AnwältIn aufnehmen, da bestimmte Fristen eingehalten werden müssen!

Solidarität mit den angeklagten AntifaschistInnen !

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch am 3.9.05 gibt es die ersten Gerichtsverfahren gegen AntifaschistInnen.

So beginnt am **15. Mai um 9 Uhr** ein Prozess vor dem Oldenburger Amtsgericht. Der Vorwurf hierbei: Landfriedensbruch und versuchte Körperverletzung.

Am **13. Juni um 11 Uhr** muß sich ein weiterer Demo-Teilnehmer vor dem Amtsgericht einfinden,
der Vorwurf: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch und Körperverletzung.

Kommt zahlreich zu den Prozessen !

Die Unterstützung der Angeklagten kostet viel Geld.
Spenden bitte auf folgendes Konto:
Oldenburger Rechtshilfe
Kto: 100 006 154 BLZ: 280 501 00

aus:
„durch die Wüste"

ein Antirepressions-Handbuch für die politische Praxis

Unrast Verlag
7,-Euro

gibt es auch im Alhambra-Infoladen

Die Welt zu Gast bei

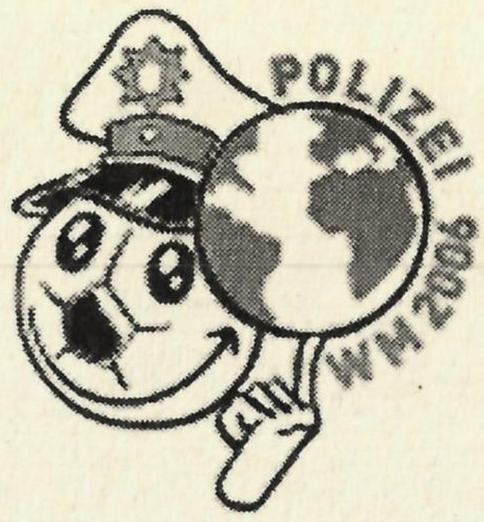
»Soldaten, Panzer, Awacs-Flugzeuge -WM oder Krieg?« So titelte der Berliner Kurier am 6. Januar 2006 über die bevorstehende Fußballweltmeisterschaft. Organisationsweltmeister Deutschland scheint in Sachen Vorbereitung seine Hausaufgaben gemacht zu haben. Doch ein Gesichtscreme-Tester weist den deutschen Stadien zum Teil gravierende Mängel nach, ein Drittel des kompletten Kartenkontingents geht an Sponsoren und viele Fußballfans klagen über krasse Repressalien.

Die Bundesrepublik ist bestens gerüstet. Schon seit 2001 arbeitet das Innenministerium an einem »Nationalen Sicherheitskonzept«. Während der WM werden im Vergleich zur Bundesliga die Anzahl der Ordnerinnen je Stadion verdoppelt. In der Arena auf Schalke kommen auf 50.000 Zuschauer 1.200 Sicherheitskräfte. In allen Stadien befinden sich keine Stehplätze, jedoch zahlreiche Kameras, die eine komplette Überwachung garantieren. Während also zahlreiche deutsche Fans gerade das frühe Ausscheiden der deutschen Nationalmannschaft im Achtelfinale gegen Trinidad und Tobago bewundern, sind auf sie hoch auflösende Digitalkameras gerichtet. So wird die Gesichtserkennung von verdächtigen Personen möglich. Ein automatischer Vergleich gespeicherter Daten bekannter Hooligans oder Straftäter am Computer soll Ausschreitungen verhindern helfen und die Fahndung erleichtern.
Rund um die Stadien werden zwei Sicherheitszonen eingerichtet. Das innere Areal dürfen nur Besitzerinnen von Eintrittskarten betreten. In der zweiten Zone werden Sicherheitskontrollen und Videoüberwachung verstärkt stattfinden. Hundert Meter vor dem Stadion wird jede Besucherin kontrolliert und abgetastet. Sicherheitskräfte sollen mit mobilen Fingerabdruck-Scannern ausgerüstet werden, auch hier soll wieder ein Abgleich der Daten mit den Polizei-Computern stattfinden.

Wunsch nach totaler Kontrolle

Da die Stadien mittlerweile riesigen Hochsicherheitsgefängnissen gleichen, vermutet die Bundesregierung die Gefahr von Ausschreitungen weniger in den Arenen als vielmehr vor den Videoleinwänden. Vor diesen werden in über 200 Städten zahlreiche Deut-sche die Nationalhymne grölen und Klinsis Mannen anfeuern. Innenminister Schäuble erwägt derzeit die komplette Einzäunung und Videoüberwachung dieser Plätze sowie Rucksackkontrollen.
Die 250.000 Beschäftigten, die während der WM Würstchen und Bier verkaufen, Toiletten putzen und Fähnchen verteilen, werden vorher vom Verfassungsschutz in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt genau überprüft - eine der größten Aktionen in der Geschichte des Verfassungsschutzes. Kontrolle und Überwachung wie bei keiner Weltmeisterschaft zuvor. Ob die von Schäuble geforderten Soldaten bei der WM zum Einsatz kommen, ist noch unklar, dessen ungeachtet wird die NATO im Sommer den deutschen Luftraum mit Awacs-Überwachungsmaschinen kontrollieren.
Was in der Luft die NATO regelt, übernimmt am Boden die Zis. Alle In-formationen, die die Polizei europaweit über Hooligans hat, laufen in der »Zentralen Informationsstelle Sporteinsätze«, kurz Zis, zusammen. In Deutschland zählt die Zis circa 10.000 Hooligans. 2.400 Fans haben derzeit ein bundesweites Stadionverbot, dies zumeist aufgrund absurdester Vorkommnisse, und 7.000 sind in der Datei »Gewalttäter Sport« registriert. Damit haben sie keine Chance auf eine WM-Karte. Selbst in die Nähe von Videoleinwänden zu kommen, wird ihnen schwerfallen. Der Zis bekannte Problemfans werden vor der Weltmeisterschaft von der Polizei zu Hause besucht, schwere Fälle müssen sich am Spieltag bis zu dreimal bei der heimischen Polizeidienststelle melden, damit sie nicht zu den Spielen reisen können. Ein weitaus schwierigeres Problem stellen für die Polizei ausländische Fans dar. Gerade in Osteuropa ist die Datenerfassung von Hooligans weniger fortgeschritten als hierzulande. Diese Anhänger sind also nicht in Dateien vermerkt und *so* können bei-spielsweise »gefährliche« Fußballfans aus Polen ohne Probleme nach Deutschland einreisen. Was

FREUNDEN ... ?



folgt, sind noch mehr Kontrollen. Im Sicherheitskonzept des Bundesinnenministeriums steht hierzu: »Um die Einreise gewaltbereiter Fußballanhänger, krimineller Personen sowie terroristischer Gewalttäter nach Deutschland zu unterbinden, werden durch den Bundesgrenzschutz lageangepasst Aufklärungs-, Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen an den Land- und Seegrenzen sowie auf den relevanten deutschen Verkehrsflughäfen durchgeführt. Die Intensität der Kontrollmaßnahmen wird dabei der konkreten Gefährdungseinschätzung angepasst.«

Der gläserne Fan

Nun gut, ich bin kein gewalttätiger Hooligan, mag der ein oder andere jetzt denken. Was geht mich das an? Aber auch der scheinbar normale Fan wird zusehends kriminalisiert. Wer durch Losglück ein WM-Ticket erhalten hat, durfte neben Name, Anschrift und Telefonnummer auch sein Geburtsdatum und seine Personalausweisnummer angeben. Wozu? Offiziell soll so dem Schwarzmarkt das Leben schwer gemacht werden. Was wirklich mit diesen Daten geschieht, weiß niemand. Mühelos ließen sich anhand dieser Daten Kundenprofile erstellen. Das Bündnis Aktiver Fußballfans (BAFF) veröffentlichte schon im Januar 2005 eine Presseerklärung, in der die Kartenvergabe samt Bestellvorgang scharf kritisiert wurde. Besonders beanstandet BAFF die RFID-Technologie (Radio Frequency Identification) die erstmals in WM-Tickets angewandt werden wird. RFID ist eine Methode, um Daten auf einem Transponder berührungslos und ohne Sichtkontakt speichern und lesen zu können. Mittels elektromagnetischer Wellen findet die Datenübertragung zwischen Transponder und Lese-Empfangs-Einheit statt. Jedes Ticket enthält einen solchen RFID-Chip, auf dem alle Daten der Karteninhaberin gespeichert sind. Angeblich soll so der Einlass am Stadion beschleunigt werden. Wieso hierfür nicht ein üblicher Strichcode reichen würde, da man die Karte sowieso vor ein Gerät halten muss, ist unklar. Stattdessen kann man nun genau feststellen, wer sich wo im Stadium und um dieses herum befindet. Wer hat die Rauchbombe in Sektor 56C gezündet und welche Fangruppierung stand über 90 Minuten lang regelwidrig auf ihren Sitzplätzen?

Bewegungsprofile können angelegt werden, die wiederum nicht nur für Polizei und Verfassungsschutz interessant sind, sondern auch für Sponsoren. Wer nicht will, dass seine Daten erfasst werden, sollte sich nicht erfassen lassen - keine wirkliche Alternative für Fußballfans, die einfache Formel lautet »Keine Daten - keine Tickets!«

Viele Fanclubs, vor allem aus der Ultraszene, kritisieren auch das Nichtvorhandensein von Stehplätzen und die hohen Preise für Eintrittskarten. Die FIFA verlangt, dass alle deutschen Stadien ausschließlich mit familienfreundlichen Sitzplätzen bestückt sind. Sitzplätze, das wissen alle, die schon mal im Stadion waren, sind jedoch echte Stimmungskiller. Und wenn man dazu noch die riesigen VIP-Bereiche nimmt, weiß man schnell, worum es sich bei dieser Weltmeisterschaft handelt, nämlich um eine mit allen Repressionmitteln abgesicherte, große Wirtschaftsshow für den Standort Deutschland und weniger um Fußball an sich.

Eine erfreuliche Nachricht gibt es doch noch. Die deutsche Polizei hat auf jeden Fall während der gesamten Fußballweltmeisterschaft Urlaubssperre.

AIB Nr. 71/Frühjahr 2006

Gastbeitrag von Lobsch

Mehr zum Thema
WM und Fankultur,
Repression, Polizeiwillkür
und Rassismusim Stadion
auf der Seite des B.A.F.F.:
www.aktive-fans.de

Von Kerstin Eschrich

Neue Erkenntnisse über die strategischen Planungen der Nationalsozialisten für den Nahen Osten.

Der iranische Präsident Ahmadinejad fordert, Israel müsse »von der Landkarte verschwinden«. Die Hamas, die in Zukunft die Regierung in den palästinensischen Gebieten stellen wird, weigert sich, das Existenzrecht des Landes anzuerkennen. Das islamistische Fußvolk verlangt ebenso wie seine Vordenker die Zerstörung Israels. Wenn die Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg in Nordafrika militärisch erfolgreich gewesen wären und die Briten im Sommer 1942 von dort vertrieben hätten, dann wäre der Wunsch der Antisemiten wohl bereits vor seiner Entstehung erfüllt worden. Klaus-Michael Mallmann und Martin Cüppers, die beide an der NS-Forschungsstelle Ludwigsburg tätig sind, gehen davon aus, daß es in diesem Fall heute keinen jüdischen Staat geben würde. Die Historiker erläutern in einem jüngst erschienenen Aufsatz, was die Konsequenz aus den strategischen Planungen der Nazis für die Jahre 1941 und 1942 gewesen wäre: die Vernichtung der jüdischen Gemeinde in Palästina. Bisher hatten sich Wissenschaftler darüber keine Gedanken gemacht.

Hitler hatte am 25. Oktober 1941 verkündet: »Es ist gut, wenn uns der Schrecken vorangeht, daß wir das Judentum ausrotten. Der Versuch, einen Judenstaat zu gründen, wird ein Fehlschlag sein.« Das war nicht nur ein Hirngespinst des fanatischen Antisemiten. Das Einsatzkommando bei der Panzerarmee Afrika, das Anfang Juli 1942 unter SS-Obersturmbannführer Walther Rauff aufgestellt worden war, hatte nach den Recherchen der beiden Historiker vor allem das Ziel, die palästinensischen Juden zu ermorden - der Jischuw zählte zu der Zeit eine halbe Million Menschen. Dieses für den Nahen Osten eingerichtete Kom-mando, über das in der historischen Forschung bislang nur wenig bekannt war, steht im Mittelpunkt der Ausführungen von Mallmann und Cüppers.

Die Truppe des Reichssicherheitshauptamtes, die Ende Juli nach Athen überführt worden war. sollte zunächst in Ägypten und nach dessen vollständiger Erober-ung in Palästina zum Einsatz kommen. Mit Walther Rauff stand dem Einsatzkommando ein erfahrener Massenmörder vor. »Besonders durch seine Tätigkeit als Gruppenleiter II D avancierte Rauff zu einem der zentral Verantwortlichen für die Massenvernichtunu der Juden. Denn er war zuständig für die technische Ausrüstung der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, beispielsweise mit Fahrzeugen oder Munition. Zu seinem Aufgabenbereich gehörte daneben auch die Entwicklung und Beaufsichtigung des Einsatzes der ungefähr 20 Gaswagen, die in der Sowjetunion sowie in Serbien seit Ende 1941 beim Judenmord verwendet wurden. Offenbar waren es gerade Rauffs Entscheidungskompetenz und dessen Vertrautheit mit dem Prozeß der rationalisierten Vernichtung der Juden vor Ort, die ihn für den neuen Posten als Chef einer mobilen Todesschwadron prädestinierten«, schreiben die Autoren. Rauff war übrigens der NS-Kriegsverbrecher, von dem vor einigen Monaten bekannt wurde, daß er sich in Chile auch unter dem sozialistischen Präsidenten Salvador Allende unbehelligt aufhalten konnte.

»Die NS-Massenmörder hatten bereits mit den Vorbereitungen begonnen, auch die Juden in Palästina zu ermorden«

Imam Hitler

Da das SS-Kommando bei Erwin Rommels Panzerarmee Afrika die gleiche Zielsetzung wie die »erfolgreichen« Mordtruppen in Osteuropa hatte, hielten es SS- und Wehrmachtsführung offenbar nicht für nötig, neue Richtlinien für dessen Einsatz aufzustellen. Die gesamte Vereinbarung entspreche inhaltlich jenem Text, der seit dem Vorjahr die Grundlage für den Massenmord der Ein-satzgruppen in der Sowjetunion bildete, so die Autoren. Zentrale Passagen seien, »weil sie sich offenbar in der Praxis „bewährt" hatten«. wörtlich übernommen worden.

Die Überzeugung der Nazis, auch im Nahen Osten mit ihrer Mordpraxis fortfahren zu können, wurde von der Tatsache genährt, daß Rommels Armee und die italienischen Verbündeten im Sommer 1942 beeindruckende Siege verzeichnen konnten. Die Briten mußten die strategisch bedeutsame libysche Mittelmeerfestung Tobruk am 21. Juni 1942 aufgeben. Anfang Juli stand die Panzerarmee Afrika bereits vor der britischen Verteidigungsstellung El-Alamein. Von dort aus wäre es nicht mehr weit gewesen bis nach Palästina - das nichts anderes sei als »staatlicher Mittelpunkt für den destruktiven Einfluß der jüdischen Interessen«, wie sich Hitler im November 1941 gegenüber dem notorischen und einverstandenen Antisemiten Haj Amin el-Husseini ereiferte. Tatsächlich entspricht die Entfernung von El-Alamein nach Palästina gerade einmal der Strecke von Tobruk bis zu der britischen Verteidigungsstellung. Diese Strecke hatten die Achsentruppen in zehn Tagen zurückgelegt.

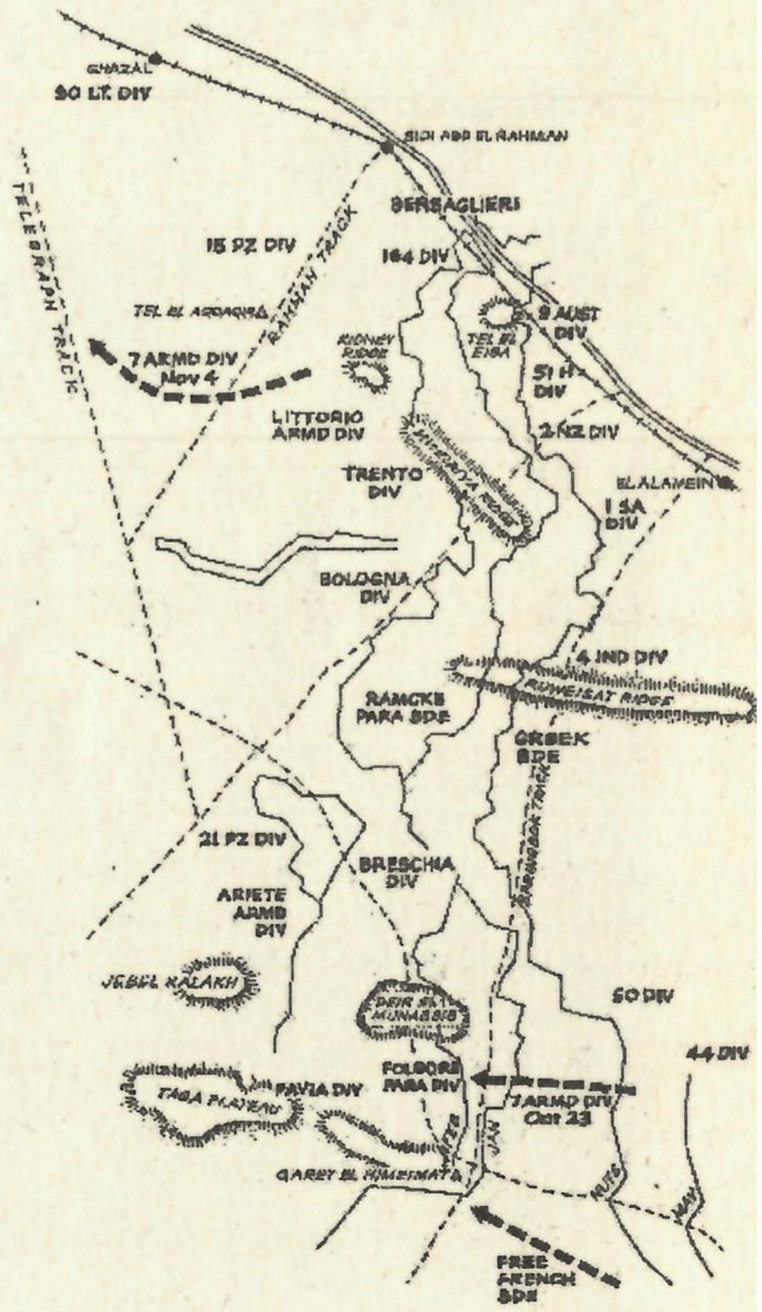
Neben der Freude über den Sieg trug sicherlich auch die »aufgeschlossene« Haltung arabisch-muslimischer Bevölkerungsteile im Nahen Osten dazu bei. daß die Nazis sich in der Region als die kommenden Herren und Judenschlächter wähnten. Nicht nur der Kollaborateur ei-Husseini zeigte sich offensichtlich begeistert von dieser Aussicht. Mallmann und Cüppers geben Stimmungsberichte von deutschen V-Leuten und Gesandten wieder, die teilweise kurios anmuten. So berichtete ein V-Mann aus Syrien im August 1942 nach Berlin: »Um in der Öffentlichkeit von Hitler sprechen zu können, bedienen sich die Araber einer Reihe von Pseudonymen; der neueste Deckname für Hitler ist „Harsch Numun - der Tiger". « Die deutsche Gesandtschaft in Teheran konnte im Jahr 1941 freudig vermelden, daß ein Teheraner Bildverleger Abbildungen von Hitler und des ersten Imams hergestellt und rechts und links an der Tür zu seinem Geschäft aus-gestellt habe. »Jeder Eingeweihte verstand diese Nebeneinanderstellung. Es be-deutet: Ali ist der erste, Adolf Hitler der letzte Imam.« Eine derart aussagekräftige bildliche Darstellung in einem westlichen Land würde momentan sicherlieh als eine Zumutung muslimfeindlicher Provo-kateure gebrandmarkt werden und Proteste. Rufe nach Zensur, wenn nicht Todesdrohungen hervorrufen.

Walter Schellenberg, der Chef des Auslandsgeheimdienstes der SS, brachte die Besonderheit der deutsch-arabischen Beziehungen auf einen kurzen gemeinsamen Nenner. Mallmann und Cüppers zitieren aus seinem Bericht über Palästina im Sommer 1942: »Die außergewöhnlich deutschfreundliche Stimmung der Araber ist im wesentlichen darauf zurück-zuführen, daß man hofft, »daß Hitler kommen möge, um die Juden zu ver-treiben.« Die Autoren beschreiben den Antisemitismus in der arabischen Welt als wesentliches Motiv, das die arabischen Judenhasser schon damals mit den deutschen verband.

Cüppers und Mallmann ist es gelungen, ausgehend von der bisher nicht wahrgenommenen Geschichte des Einsatzkommandos bei der Panzerarmee Afrika, ein weiteres Kapitel deutscher Verbrechensgeschichte aufzudecken: Die NS-Massenmörder hatten bereits mit den Vorbereitungen begonnen, auch die Juden in Palästina zu ermorden und einem zukünftigen jüdischen Staat jede Existenzgrundlage zu entziehen. Sie ma-chen damit deutlich, welche Auswirk-ungen der deutsche Vormarsch - unter Heeresführer Rommel, dessen positives Bild in der Öffentlichkeit auch nach 1945 nahezu unangetastet blieb - gehabt hätte, wenn die Alliierten nicht vor El-Alamein zurückgeschlagen hätten.

aus KONKRET 04/06

Klaus-Michael Mallmann, Martin Cüppers: »»Beseitigung der jüdisch-nationalen Heimstätte in Palästina«. Das Einsatzkommando bei der Panzerarmee Afrika 1942«, in: Jürgen Matthäus/ Klaus-Michael Mallmann (Hg.): *Deutsche, Juden. Völkermord. Der Holocaust als Geschichte und Gegenwart.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft. Dannstadt 2006, 352 Seiten, 59,90 Euro



Literaurseite

Diese Deutschen waren derart autoritätshörig und dokumentengläubig, daß sie sich erst beruhigten, wenn wir ihre Ausweise angeschaut hatten. Sie hielten uns ihre Papiere unter die Nase, um zu beweisen, daß alles in Ordnung war. Ich habe kein Volk gesehen, das so dokumentenfixiert war. Sie klammerten sich an Geburtsurkunden, Wehrpässe, Reisegenehmigungen, Entlassungspapiere, Taufscheine, Ariernachweise, Heiratsurkunden, Sozialversicherungsausweise, Gehaltsbescheinigungen, Arbeitsbescheinigungen, Impfpässe - an irgendwelche Papiere eben, die beweisen sollten, daß sie am Leben waren und wohl auch das Recht hatten, am Leben zu sein. Sie trugen Briefe bei sich, Fotos und Familienerinnerungen.

Diese leidenschaftlichen Sammler von Papieren, zumal von amtlich beglaubigten, mit Unterschrift und Stempel versehenen Papieren, boten einen amüsanten Anblick, bis einem klarwurde, daß dies das Verhalten von Sklaven war, die Bürokraten anbeteten. Im deutschen Polizeistaat waren Ausweise etwas Heiliges, Papiere verhießen Sicherheit. Erst sehr viel später, als ich in Buchenwald in einer Ecke die Leichenberge und in einer anderen die sorgfältig aufbewahrten Papiere der Ermordeten sah, wurde mir eine Eigentümlichkeit der Deutschen bewußt: es machte ihnen nichts aus, Menschen zu verbrennen, aber Dokumente wurden niemals verbrannt.

(aus „Lügendetektor - Vernehmungen im besiegten Deutschland 1944/45“ von Saul K. Padover)

GEZIELTE TABUBRÜCHE

Die Äußerungen führender Unionspolitiker nach dem Überfall von Potsdam sind bewusst kalkulierte symbolische Politik

Der Überfall auf einen Deutschen äthiopischer Herkunft hat nicht nur die Zivilgesellschaft heftig erregt. Fast fühlt man sich ins Jahr 2000 zurück versetzt, als die damalige Bundesregierung nach einem Anschlag auf jüdische Auswanderer aus Russland den Aufstand der Anständigen ausgerufen hat. Die Zivilgesellschaft wurde zum Kampf gegen rechts aufgerufen. Breite Kreise der Bevölkerung aber auch Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände fühlten sich angesprochen und haben sich engagiert. Allerdings gab es am konservativen Flügel der Unionsparteien Stimmen, die sich diesem Aufstand der Anständigen verweigerten. Sogar Vergleiche mit staatlich verordneten Kampagnen in der DDR wurden gemacht. Einer der Wortführer dieser konservativen Kritiker war damals der CDU-Politiker Jörg Schönbohm.

Viele sahen an diesen Äußerungen vor allem die Bestrebung der Union, sich gegen Rot-grün als Opposition zu profilieren. Doch die Reaktionen auf den Potsdamer Überfall zeigt, dass mehr dahinter steckt. Ausgerechnet von Jörg Schönbohm, der sich schon in seiner Zeit als Berliner Innensenator gegen Hausbesetzer und Linke als Law and Order-Politiker profilierte, hört man jetzt auf einmal ganz andere Töne. „Wir hätten diese Straftat in Brandenburg auch allein aufklären können und auch alleine aufklären müssen", wiederholte er auch am Sonntagabend in der Talkshow von Sabine Christiansen seine schon am Vortag heftig kritisierten Äußerungen. Er hatte in Interviews Generalbundesanwalt Nehm sogar beschuldigt, zur Stigmatisierung Brandenburgs beizutragen, indem er den Fall an sich gezogen hatte. Dass es dabei nicht einfach um ein Kompetenzgerangel ging, zeigte sich an weiteren Nuancen in Schönbohms Reden. Er bezweifelte auch, ob es sich bei dem Überfall überhaupt um eine Tat mit rassistischen und rechtsradikalen Hintergrund gegangen sei. Selbst dass die eingeschaltete Mailbox des Opfers bewiesen hat, dass das Opfer als Nigger beschimpft wurde, reichte dem Innenminister nicht aus, um die Tat als rassistisch und rechtsradikal einzustufen. Er konterte mit Gerüchten, dass das Opfer die Täter als „Schweine" bezeichnet hatte. Ob er damit nicht auf die Angriffe auf ihn reagierte, wird bei ihm gar nicht erst in Erwähnung gezogen. Schönbohm gab auch zu bedenken, dass es sich bei dem Überfall um einen Streit zwischen Betrunkenen handelte, der eskalierte. Dabei ist es normalerweise eher ein Indiz für die besondere Verwerflichkeit der Tat, wenn das Opfer betrunken ist.

Mit seinen Äußerungen, die letztlich zur Diskriminierung des Opfers beitragen, geriert sich Schönbohm als Aufklärer, der erst urteilen will, bis alle Fakten auf den Tisch liegen. Dabei macht er sich die Tatsache zu Nutze, dass es zum Tathergang noch viele Fragen gibt, was nicht zuletzt darin liegt, dass das Opfer auf Grund seiner schweren Verletzungen nicht vernehmungsfähig ist.

BLONDE OPFER

Dass Schönbohm mit seiner Lesart nicht allein steht, zeigt die Unterstützung von führenden Politikern der Unionsparteien. So zweifelte auch Wolfgang Bosbach einen rassistischen Hintergrund der Tat an. Zuvor hatte schon der Bundesinnenminister mit seinem Kommentar zu den Überfällen für Kritik gesorgt. Er hatte nicht nur davor gewarnt, den Überfall von Potsdam in eine rechte Ecke zu stellen, sondern noch hinzugefügt: „Es werden auch blonde blauäugige Menschen Opfer von Gewalttaten, zum Teil sogar von Tätern, die möglicherweise nicht die deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das ist auch nicht besser." Nicht nur aus der SPD, auch aus der Umgebung von Merkel kam Kritik an dieser Lesart, so dass Schäuble später seine Wortwahl relativierte, den Inhalt aber weiter verteidigte.

Es sei richtig und notwendig, „jede Form von Extremismus, von Gewalttätigkeit, Fremdenhass" zu bekämpfen. Die Bundesregierung nehme alle Formen von Gewalt ernst. Alles andere sei „Betroffenheits- und Erregungsrhetorik", sagte der Innenminister.

Gleichzeitig machte Schäuble wie andere Unionspolitiker die Politik der DDR für Fremdenfeindlichkeit und Rassismus verantwortlich. Allein diese Verbindung zeigt, dass es sich bei den Äußerungen nicht um Fettnäppchen handelt, in die Politiker bei Interviews gestolpert sind. Schließlich hatten ähnliche Schuldzuweisungen noch im letzten Sommer im Vorwahlkampf für heftige Debatten gesorgt. Damals hatte Schönbohm die „erzwungene Proletarisierung der SED" für den Babymord in Brandenburg verantwortlich (6) gemacht. Auch damals musste sich der Politiker nach der Intervention der Unionsspitze entschuldigen. Schließlich wollte man im Wahlkampf die Ostdeutschen nicht zu sehr vor den Kopf stoßen.

Doch trotz aller Abschwächungen, Klarstellungen etc. erfüllen die gezielten Tabuverletzungen ihren Zweck. In der aktuellen Debatte wollen die Unionspolitiker Signale an den konservativen Parteiflügel aussenden. Wenn man auch in einer großen Koalition die Politik zur Mitte hin ausrichten muss, will man zumindest bei symbolischen Fragen Flagge zeigen. Am Wochenende machte Schönbohm einmal mehr deutlich, dass er mit dieser symbolischen Politik fortfahren will. Bei einer Rede zum 61. Jahrestag der Befreiung des NS-Konzentrationslagers Sachsenhausen brüskierte er Überlebende mit seiner Erklärung, dass er in sein Gedenken auch die Häftlinge des Sowjetlagers einschließt, das bis 1950 auf dem Gelände von Sachsenhausen eingerichtet wurde. Kritiker weisen darauf hin, dass sich darunter zahlreiche NS-Funktionsträger befanden, und befürchten, die Vermischung von Tätern und Opfern. Schon seit langem gibt es in Kreisen Rechts von den Unionsparteien Bestrebungen, statt von Opfern des NS-Regimes vom Terror der „beiden Diktaturen auf deutschem Boden" zu reden. Schönböhm dürfte diese Debatten kennen. Schließlich war er schon Interviewpartner der Jungen Freiheit, einer Wochenzeitung, die diese Bestrebungen immer wieder vorantreibt.

Peter Nowak

Freitag, 12. Mai 2006, 20.00 Uhr
Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3
Oldenburg (Eintritt: 5/3 €)

Filmriß
Förderung von Kino & Kultur in Oldenburg e.V.

Lesung:
Peter Wensierski liest aus:
Schläge im Namen des Herren

Nicht für alle waren die fünfziger und sechziger Jahre in der Bundesrepublik eine Zeit des Aufbruchs. Im Abseits der Gesellschaft verbrachten einige hunderttausend Heimzöglinge unter heute unvorstellbaren Bedingungen ihre Kindheit in kirchlichen oder staatlichen Einrichtungen. Eingewiesen manchmal nur deshalb, weil sie den rigiden Moralvorstellungen der Zeit widersprachen, wurden Heimkinder jahrelang gedemütigt, geschlagen, zur Strafe eingesperrt, ausgebeutet. Viele der Heimkinder von einst haben bis heute nicht über das Trauma ihrer Kindheit sprechen können. Ihre erschütternden Erlebnisberichte enthüllen das vielleicht größte Unrecht, das jungen Menschen in der Bundesrepublik angetan wurde – und das endlich als solches anerkannt werden sollte. Erst Ende der sechziger Jahre zeichnete sich ein Wandel in der Heimerziehung ab. Die späteren RAF-Mitglieder Ulrike Meinhof, Andreas Baader und Gudrun Ensslin, die 1969 die „Heimkampagne" auslösten, gaben mit vielen Mitstreitern den entscheidenden Anstoß für Reformen. Die meisten Heimkinder haben aus Scham ihre Erlebnisse – selbst gegenüber Ehepartnern und Kindern – bis heute verschwiegen. Einige brechen nun ihr Schweigen. Nachdem der Film Die unbarmherzigen Schwestern, der vergleichbare Verhältnisse in Irland schildert, die Diskussion dort angefacht hat, ist die Zeit gekommen, auch in Deutschland dieses dunkle Kapitel der Nachkriegsgeschichte aufzuklären und den Betroffenen zu helfen, ihre Menschenwürde wiederzuerlangen.

Peter Wensierski, geboren 1954, arbeitet seit 1993 im Deutschland-Ressort des SPIEGEL. Als Dokumentarfilmer und Fernsehjournalist berichtete er zuvor über gesellschaftspolitische Themen aus Ost- und Westdeutschland. Für Mauerläufer erhielt er 1986 den Bundesfilmpreis. Zusammen mit Annette Bruhns veröffentlichte er 2004 bei DVA Gottes heimliche Kinder. Töchter und Söhne von Priestern erzählen ihr Schicksal.

Samstag, 20. Mai 2006, 20.00 Uhr
Kulturzentrum PFL, Peterstraße 3
Oldenburg (Eintritt: 5/3 €)

Filmriß
Förderung von Kino & Kultur in Oldenburg e.V.

Die unbarmherzigen Schwestern
THE MAGDALENE SISTERS

Großbritannien, 2002, Länge:119 Minuten, FSK: ab 12;
Regie: Peter Mullan
Kamera: Nigel Willoughby
Musik: Craig Armstrong
Darsteller: Geraldine McEwan (Schwester Bridget), Eileen Walsh (Crispina), Nora-Jane Noone (Bernadette), Anne-Marie Duff (Margaret), Dorothy Duffy (Patricia/Rose)

Vier junge irische Frauen werden in den 1960er Jahren wegen geringfügiger Vergehen, die die Sexualmoral der Verwandten zu beschmutzen drohen, in ein von Magdalenen-Schwestern geführtes Erziehungsheim gesteckt. Jahrelang müssen sie dort unter großen seelischen und körperlichen Qualen in einer Wäscherei schuften. Nur die wenigsten überstehen dies ohne bleibende Schäden.
Der Schauspieler, Drehbuchautor und Regisseur Peter Mullan erzählt in seinem Film Die unbarmherzigen Schwestern eine Leidensgeschichte in sechs Akten. Vier Frauenschicksale kreuzen sich an einem Ort, der totalitär verdüstert ist, an dem elementare Menschenrechte aufgehoben sind und Schikane und Misshandlung zum Alltag gehören. Was Nigel Willoughbys Kamera aufnimmt, hat einen realen Hintergrund.
Erst 1996 wurde das letzte Magdalenen-Heim geschlossen. Rund 30.000 Frauen, schätzt man, haben die im 19. Jahrhundert in Irland gegründeten Frauenheime von innen kennen und fürchten gelernt. Peter Mullans Sympathie für die Opfer und Kritik an den Tätern fällt eindeutig aus. Er konnte nicht anders, die Fakten haben ihm diese parteiische Perspektive regelrecht aufgenötigt. Es ist ihm aber gelungen, dem Stoff mehr als Material für ein humanistisches Plädoyer abzugewinnen - nämlich Filmkunst, ein Meisterstück in Moll. Der Lohn der guten Tat: der Goldene Löwe der Filmfestspiele Venedig 2002. (epd-Film)

was geht...

MO. 01.05.
★messenger's lounge - die fahrradkurierkneipe -19h- (zakk)

DI. 02.05.
★schlampenkneipe: kickern & co. mit frrrüühlingscrepes -21h-(zakk)

Do. 04.05.
★Fahrradschrauber-Kneipe -20h- (G18)

FR. 05.05.
★party: pay more - get less. infoladen soli. -23h- (zakk)
SA. 06.05.
★Konzert: Mac Gyver (last show ever!) + Sheevayoga (CZ) + More bad News (CZ) + Take a Stand (AUR) + Klaus Kinski (WTM) -20h- (JUZ Aurich)
★party: folterabend: industrial, poppers und 3 pfund hack. -22h- (zakk)

SO. 07.05.
★"Sunday Hardcore Matinee" mit Fearless Vampire Killers (aka Cro-Mags) + Dead Stop (Prollo-hc aus Belgien) + No turning back (NL) + Black Friday 29 (Essen) + Betrayed (USA) + The Truth (Senftenberg) -17h- (Wehrschloss)

DI. 09.05.
★schlampenkneipe -20h- (zakk)
★Konzert: Guided Cradle (CZ) + Instinct of Survival (HH) -21h- (Friese)

MI. 10.05.
★Punkcafe at its best - mit Mucke vom Plattenteller,Vokü und Schnappes-21h- (SWH)

FR. 12.05.
★programmierbar. business as usual part 2. -22h- (zakk)
★Konzert: Cult of Luna (Schweden) + Minion (HB) + Tephra (BS) + Lowbot (HB, HH) -20h- (Wehrschloss)

SA. 13.05.
★«Naziaufmarsch in Göttingen verhindern! Infos: http://www.desaster-reloaded.de.vu/
★«Konzert: Rawside (Coburg) + Black Friday 29 (Mühlheim-NYC-HC) + Adjudgement (Hannover-Hammer-HC) (JuZ Verden)
★«krätze kneipe: richtig saufen im falschen. -22h- (zakk)
★«Agit-Pop-D.I.S.K.O.: dance, dance, dance -22h- (Magazinkeller)

MO. 15.05.
★Konzert: Ariel Pink (L.A.) + Belong (New Orleans) -21h- (Friese)
★Konzert: Gregor Samsa (usa) + Culm (Rheine) + Swansea (Vechta) -20h- (Alhambra, OL)

DI. 16.05.
★Veranstaltung: Tu's endlich! PGP für im Alltag - eine nichttechnische Einführung zu PGP. Anmeldung an tus_endlich@web.de -20h-(Lift Internetcafe, Weberstr. 18)
★schlampenkneipe -20h- (zakk)

MI. 17.05.
★Vortrag und Diskussion: Holocaust Überlebende und die zweite Generation in Israel - Bericht von der Arbeit von AMCHA- (Israeli centers for Holocaust Survivors and the second Generation) -19h- (Bonbonfabrik)
★Radio Restmüll – recycelte Infos und Musik für die Tonne auf 92.5 Mhz – don´t miss! -21-22h- (im Radio, wo sonst…)

DO. 18.05.
★"Die Leute wollen mehr..." Das erste Jahr „progressive" Regierung in Uruguay. Gespräch mit einer compañera aus Uruguay -20h- (Paradox)
★Konzert: La Minor (Ganoven-Beats aus St. Petersburg) -21h- (Alhambra,OL)
★Filmvorführung: de apparatspot II. -19.30h- (zakk)
★Vortrag:"Unheilige Allianzen - Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus" -20h- (Paradox)

FR. 19.05.
★jukebox: bikini kills the rites of spring -23.03h- (zakk)
★Party: Teonanacatl (Psy-Trance) - 23h- (Alhambra, OL)
★Vortrag: „Unheilige Allianzen - Black Metal zwischen Satanismus, Heidentum und Neonazismus" -20h- (Alhambra, OL)
★Bücherflohmarkt -10 bis 18h- (Anares)

SA. 20.05.
★hausmusik gemixed: ....and i live by the river! -22h- (zakk)
★Konzert: Wired For Mono (garagerocknroll aus Schweden) + Band Ohne Anspruch (Punk aus H) - 20h- (Buchte) -ab 18h findet in der T-Stube parallel eine Ausstellung zum Thema „Migration" statt
★Bücherflohmarkt -10 bis 14h- (Anares)
★HipHop-Konzert: Chaoze One + Lotta C (Karlsruhe) + Mad Cap (Bielefeld) + Albino (Kiel) -20h- (JUZ Aurich)

SO. 21.05.
★Kaffee, Kuchen, Hardcore/ Punk: I Object (nycs most pissed female fronted hc/punk!) + A.N.S. (skatecore from texas) -17h- (SWH) -konzert endet punkt 19h!!
★syntox-lesung: andreas mand liest „paul und die beatmaschine" -20h- (zakk)

DI. 23.05.
★Konzert: Tiger Lou + Firefox AK (beide Schweden) + Gregmacpherson (CAN) -20h- (Alhambra, OL)

FR. 26.05.
★Konzert: WWK + Xawara -21h- (Friese)
★Konzert: Against Me! (USA) + Hodz (HB) -20h- (Wehrschloss)
★Party: radio soli. -23h- (zakk)

SA. 27.05.
★Konzert: Matula + Captain Planet - 21h- (G18)
★kraß: peel me a grape - ella fitzgerald meets psycho. -22h-(zakk)

DI. 30.05.
★Change-Konzert: Visions of War (Belgien) + Zerstört -21h- (Magazinkeller)

Orte:

Infoladen Bremen - St.-Pauli-Str.10 - 28203 HB - http://www.nadir.org/nadir/initiativ/infoladen_bremen/

Bonbonfabrik/Bonboncafé - Stadtkommune Alla Hopp - Hardenbergstr. 52 - 28201 HB

Sielwallhaus - Sielwall 28 - 28203 HB

Andere Seiten - Brunnenstr. 15 - 28203 HB

G18 - Grünenstr. 18 - 28199 HB

Villa Ichon - Goethe-Platz 4 - 28203 HB - http://www.villa-ichon.de/

ZAKK - Sielpfad 11 - 28203 HB - http://zakk.klubraum.org/

Buchte - Buchtstr. 14 - 28201 HB - http://www.buchtstrasse.de/

Friese - Friesenstr. 110 - 28203 HB - http://www.jugend-bremen.de/drupal/

Paradox - Bernhardstr. 12 - 28203 HB

KUZ OHZ - Am Kleinbahnhof 1 - Osterholz-Scharmbeck - http://www.kuz-ohz.de/

Schlachthof/Magazinkeller - Findorffstr. 51 - HB - http://www.schlachthof-bremen.de/

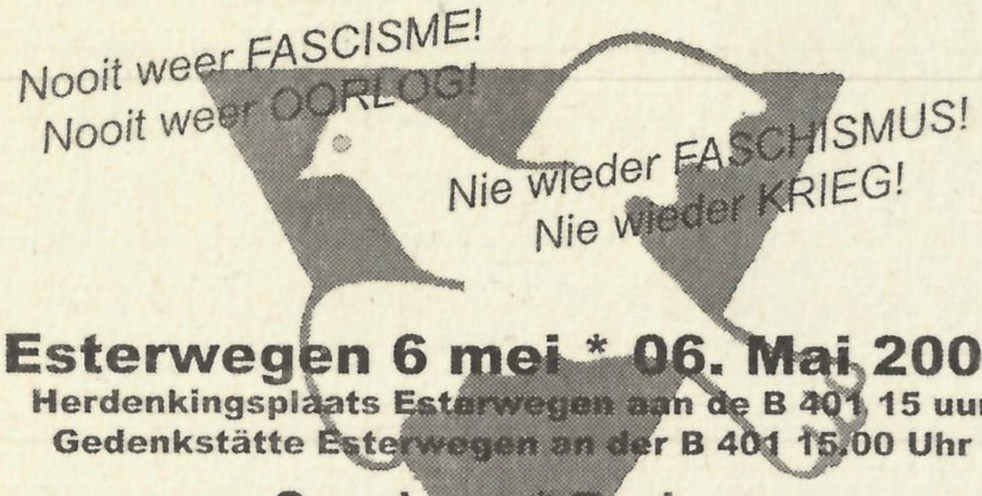
Wehrschloss - Hastedter Osterdeich 230 - HB - http://www.wehrschloss.de/

Juz Verden - Lindhooper Str. 7 - Verden - http://www.dampfmuehle-verden.de/

MIB - Buntentorsteinweg 112 - 28199 HB - http://www.musikerinitiative-bremen.de/

Plastik Club – Neustadtgüterbahnhof 65 – 28199 HB

Internationale Herdenking * Kundgebung



Esterwegen 6 mei * 06. Mai 2006
Herdenkingsplaats Esterwegen aan de B 401 15 uur
Gedenkstätte Esterwegen an der B 401 15.00 Uhr

Sprekers * Redner

Prof. Karam Khella (Hamburg)
historicus Historiker

Herre van Dokkumburg (Groningen)
Sekretaris van de Geert Sterringa Stichting

Hans Lauter, Erwin Schulz
voormalige gevangenen * ehemaliger Gefangene

Cultuurprogramma * Kulturprogramm

Rita und Paul
(Papenburg)

www.gipfelsoli.org

G8 - 2006 St.Petersburg Russia

YOU ARE WELCOME!

Das autonome
feministische FrauenLesben **Ref**erat
der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg

Unser Programm fürs Sommersemester 2006:

Workshop: Selbstverteidigung für Frauen
Semesterbegleitender Kurs in Kooperation mit dem Hochschulsport
(bitte dem Hochschulsportprogramm entnehmen)

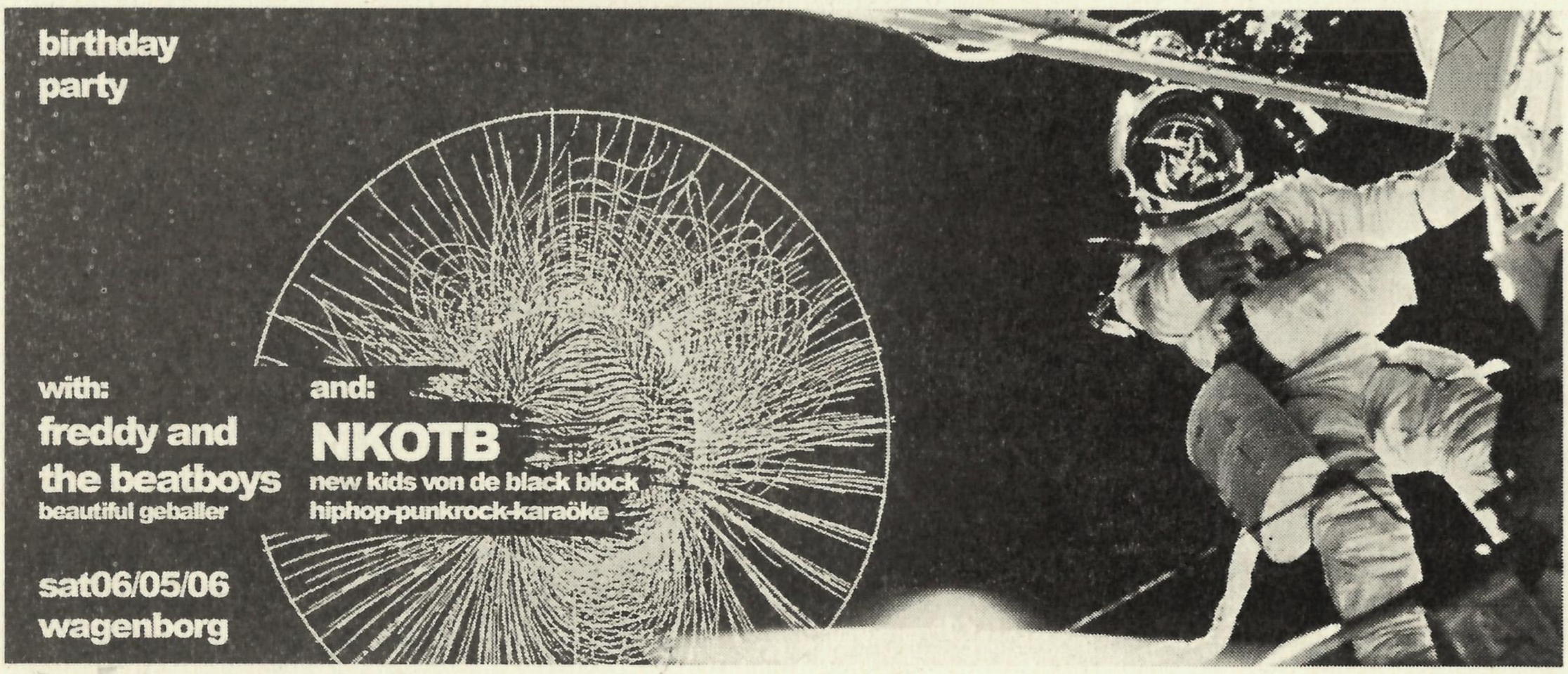
Vortrag: In der Fremde selber fremd.
Mit kolonialen Bildern deutscher Fotografen zu Besuch bei den Nachfahren der damals Portraitierten, bei den Karajá in Brasilien.
(Di, 9.5.06, 18 Uhr / A14 1-112)

Workshop: „Weiter im Text"
Prozessorientiert an die eigene Haus- oder Abschlussarbeit
(Sa, 13.05.06, 10-16 Uhr & So, 14.05.06, 10-1530 Uhr / A4 4-407)

Workshop: PhotoShop – Einstieg in die digitale Bilderwelt
(Sa, 20.5.06, 10-16 Uhr & So, 21.5.06, 10-16 Uhr / A2 2-215)

Vortrag: Biodiversität und Gender
(Di, 30.5.2006, 18 Uhr / A14 1-112)

Workshop: Capoeira
(Sa, 08.07.06, 10-16 Uhr & So, 09.07.06, 11-17 Uhr / AK I im Hochschulsport)



tja, liebe leute und leut-innen:
der sommer naht, die außenwelt schaltet langsam von matsch auf sonnenschein, und überall fangen leute an tolle sommerfeste zu planen ... überall? jedenfalls in oldenburg. wir haben zwar noch nicht das ganze programm fest+sicher, aber wir schicken schon mal unsere vorläufigen pläne und wünsche in die welt. ob das dann nachher alles genau so passiert oder ob wir andere tolle sachen machen – wer weiß? auf jeden fall fanden wir unser letztes platzfest so nett daß wir uns dieses jahr folgendes vorgenommen haben:

vom Donnerstag 25. Mai bis zum Sonntag 28. Mai 2006

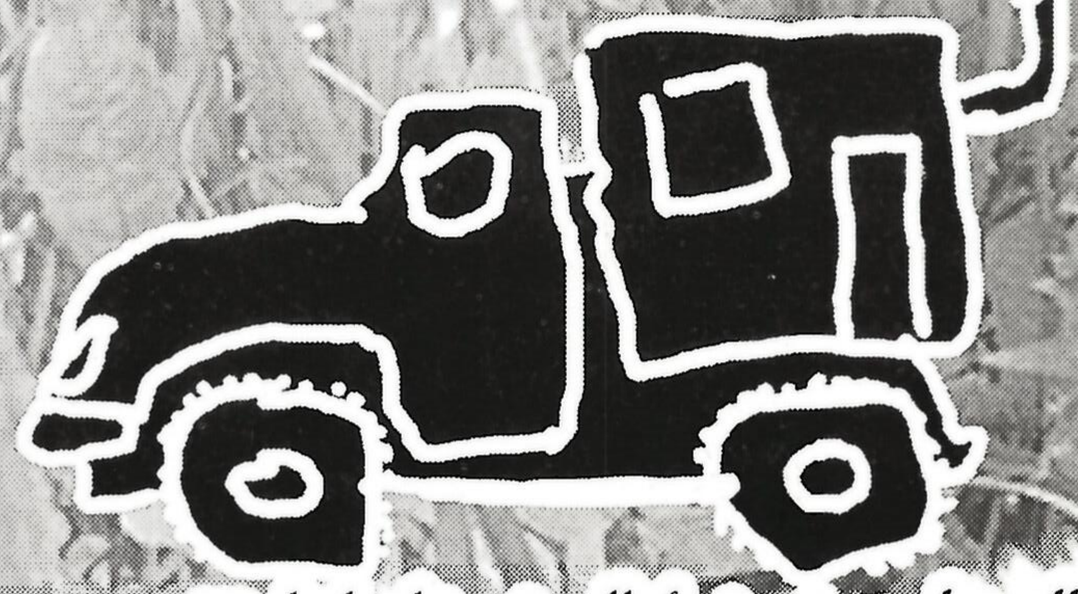
Bauwagenplatz Oldenburg

donnerstag:
vökü + kickerturnier
lekker essen + danach WM-Gegenprogramm in der cavambar

freitag:
kreidler-ringreiten + konzert + autokino
die bands + die filme sind noch nicht raus...
zugesagt haben matinee schmerzverstärker,
auf unserer wunschliste sind
ilse lau ... tripophon ... spaceship landing! ...

samstag:
bunter nachmittag + tanzparty
flohmarkt
kaffee und kuchen
wickingerschach
tresorknacker-wettbewerb
+wok-vokü

sonntag:
katerfrühstück



Bauwagenplätze machen glücklich

alle tage natürlich bier+alkfreies+cocktailbar!

DOS IAM

ARBMAHJA

TERMINE MAI/JUNI

Mo.	**1.5.**	12:00	**Autonome 1. Mai Demo** (Kaiserstr./Bhf Oldenburg) danach Straßenfest beim Alhambra
Fr.	5.5.	22:00	Reggae Corner
Sa.	**6.5.**	**22:00**	Lesbischwule 80er-Party mit DJ Ralph
Do.	11.5.	22:00	Fachschaftsparty Sonderpädagogik
Fr.	**12.5.**	**21:00**	Rock on: Tinnitus + Experiance x + Irie Attempts + Supervoss
Sa.	13.5.	22:00	Frauendisko 'Die Sufragetten', ab 21:00 Standarttanz
Mo.	**15.5.**	**21:00**	RedRedRed Konzert: Gregor Samsa (USA) + Culm + Swansea
Do.	18.5.	21:00	Sputnik-Konzert: La Minor
Fr.	**19.5.**	**23:00**	Teonanacatl (Psy Trance) www.teonanacatl.de
Sa.	20.5.	22:00	Männerfabrik www.maennerfabrik.de
Di.	**23.5.**	**21:00**	RedRedRed Konzert: Tiger Lou (SWE) + Firefox Ak (SWE) + Greg Macpherson (CAN)
Mi.	24.5.	22:00	Reggae-Night
Sa.	**27.5.**	**22:00**	Rosa Disco

JUNI 05

Fr.	2.6.	22:00	Reggae Corner
Sa.	**3.6.**	22:00	Homophilias - Party für Lesben & Schwule
Fr.	9.6.	22:00	Step Step Step Party
Sa.	**10.6.**	22:00	Transgender-Disko

REGELMAESSIGES IM HAUSE:

Wöchentlich:

Mo. 18h Archiv + 18h ^{00} Crush Hour Concerts + 20h ^{30} Antifa - Cafe

Do. 18h^{0} SchülerInnenbündnis "Swimmy" + 20h Vokü, danach Kneipe + 21h Oldb. Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20h ^{00} Frauenlesben Kneipe

2. Mo. 20h ^{00} Politische Werkstatt

2. Fr. 20h ^{30} NutzerInnenplenum